



An den Grossen Rat

16.5297.02

WSU/P165297

Basel, 31. August 2016

Regierungsratsbeschluss vom 30. August 2016

## **Interpellation Nr. 78 von Harald Friedl betreffend „Klimaschutzbericht des Kantons Basel-Stadt“**

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 8. Juni 2016)

An der UN-Weltklimakonferenz vom letzten Dezember in Paris (COP21), haben führende Politiker aller Länder auf die Dringlichkeit von Massnahmen auf allen Ebenen zur Begrenzung der Klimaerwärmung hingewiesen. Im Jahr 2011 veröffentlichte der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt einen vielbeachteten Klimafolgenbericht. Dieser Bericht wurde breit gestreut und ist auch auf Website des AUE aufgeschaltet. Der Bericht befasst sich, wie der Untertitel schon aussagt, mit den "Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbedarf aufgrund der Klimaveränderung in Basel-Stadt". Im Vorwort des Klimaschutzberichts schreibt der Regierungsrat, dass ein zweiter Klimabericht erstellt werden soll, der die gegenwärtigen und künftigen Emissionen klimarelevanter Gase bilanzieren und konkrete Handlungsmassnahmen aufzeigen soll. Mit diesen beiden sich ergänzenden Berichten will der Regierungsrat gemäss eigenen Aussagen ein Wegzeichen setzen für eine erfolgreiche lokale Klimapolitik. Der Klimaschutzbericht wurde im Vorwort des Klimafolgenberichts auf Ende 2011 angekündigt. Leider ist dieser auf der Website des AUE unter dem Thema Klimawandel nicht aufgeschaltet.

Vor diesem Hintergrund bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurde der Klimaschutzbericht wie im Klimafolgenbericht von 2011 angekündigt erstellt? Wenn ja, ist dieser öffentlich zugänglich und wo wurde dieser publiziert?
2. Wenn der Bericht entgegen der Ankündigung bisher nicht erstellt wurde, was sind hierfür die Gründe?
3. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass dringende Massnahmen zur Senkung des Ausstosses von Treibhausgasen erforderlich sind? Wenn ja, wie werden diese umgesetzt.
4. Hat der Regierungsrat bereits Massnahmen zur Begrenzung der Folgen der Klimaerwärmung auf Kantonsgebiet getroffen und wenn ja welche?
5. Ist der Regierungsrat im Besitz von Zahlen zu den gegenwärtigen und prognostizierten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Kanton? Wenn ja, wo werden diese publiziert?

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

*Frage 1: Wurde der Klimaschutzbericht wie im Klimafolgenbericht von 2011 angekündigt erstellt? Wenn ja, ist dieser öffentlich zugänglich und wo wurde dieser publiziert?*

und

*Frage 2: Wenn der Bericht entgegen der Ankündigung bisher nicht erstellt wurde, was sind hierfür die Gründe?*

Am 12. Januar 2010 beschloss der Regierungsrat, einen Klimaschutzbericht zu erstellen, der einerseits die Folgen der Klimaerwärmung für Basel-Stadt aufzeigt und andererseits darlegt, welche klimarelevanten Emissionen im Kanton entstehen und mit welchen Massnahmen sie reduziert werden können.

Aufgrund der Komplexität der Thematik wurde das Vorhaben in zwei Schritte unterteilt: Erstellen eines Klimafolgeberichts und anschliessend Erarbeitung eines Klimaschutzberichts.

Der Regierungsrat genehmigte am 5. Juli 2011 den Bericht über die Folgen des Klimawandels im Kanton Basel-Stadt ([www.bs.ch/publikationen/ae/Bericht-Folgen-Klimawandels-Kanton-Basel-Stadt.html](http://www.bs.ch/publikationen/ae/Bericht-Folgen-Klimawandels-Kanton-Basel-Stadt.html)).

Das Erstellen des Klimaschutzberichts hingegen verzögerte sich. Der Grund lag darin, dass während der Arbeiten die kantonale Volksinitiative "BASEL ERNEUERBAR – für eine sichere, saubere und günstige Energieversorgung" eingereicht wurde, welche eine Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes auslöste. Die Beratung des Gesetzesentwurfs durch den Grossen Rat ist noch nicht abgeschlossen. Sobald die Beschlüsse zum neuen Energiegesetz gefällt sind, soll der Klimaschutzbericht erstellt und publiziert werden. Mit diesem Vorgehen können die für die zukünftige Energie- und Klimapolitik zentralen Massnahmen im Bericht berücksichtigt werden.

*Frage 3: Ist der Regierungsrat der Meinung, dass dringende Massnahmen zur Senkung des Ausstosses von Treibhausgasen erforderlich sind? Wenn ja, wie werden diese umgesetzt.*

Der Regierungsrat teilt die Meinung, dass Massnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen dringend erforderlich sind. Auf internationaler Ebene wurde im Dezember 2015 das Übereinkommen von Paris verabschiedet. Es hat zum Ziel, die durchschnittliche globale Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. Es ist das erste globale Klimaübereinkommen, welches alle Staaten in die Pflicht nimmt, nach ihren Möglichkeiten konkrete Massnahmen zur Reduktion der Emissionen und zur Anpassung an den Klimawandel zu unternehmen.

Die Schweiz will bis 2030 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 50 Prozent senken. Mindestens 30 Prozent dieser Reduktionen sollen durch inländische Massnahmen erzielt werden. Dazu soll das Bundesgesetz über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen (CO<sub>2</sub>-Gesetz) revidiert werden. Die Vernehmlassung hierzu beginnt im Herbst 2016.

Während die globale Klimapolitik mehrheitlich auf nationalstaatlicher Ebene verhandelt wird, bestehen wichtige Initiativen auch auf untergeordneten Ebenen. Im Rahmen der Oberrheinkonferenz hat sich Basel-Stadt mit der Unterzeichnung des *Under 2 Memorandum of Understanding* im Jahr 2015 dazu bekannt, Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80-90% (verglichen mit 1990) zu reduzieren und/oder den Ausstoss je Einwohnerin bzw. je Einwohner auf unter zwei Tonnen Treibhausgase pro Jahr zu reduzieren.

Zudem ist Basel-Stadt seit 2008 Mitglied von *ICLEI - Local Governments for Sustainability*, seit 2009 Mitglied von *C40 Cities Climate Leadership Group (C40)* und hat 2015 den *Compact of Mayors* unterzeichnet. All dies vereint Städte auf der ganzen Welt in ihrem Engagement, lokale Treibhausgasemissionen zu reduzieren, die Belastbarkeit der Städte gegenüber dem Klimawandel zu steigern und den Fortschritt bei der Bekämpfung des Klimawandels transparent zu doku-

mentieren. Die Mitgliedschaften erlauben es Basel-Stadt zudem, erarbeitetes Wissen in diesen Bereichen weiterzureichen und vom Know-how anderer Städte bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsprojekten zu profitieren.

Ergänzend dazu verfolgt der Kanton Basel-Stadt eine Klimapolitik basierend auf der Strategie der Energieeffizienz und des Ausbaus erneuerbarer Energien im Bereich der Brennstoffe. Diesen Leitlinien folgt die dem Grossen Rat vorgelegte Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes.

*Frage 4: Hat der Regierungsrat bereits Massnahmen zur Begrenzung der Folgen der Klimaerwärmung auf Kantonsgebiet getroffen und wenn ja welche?*

Im Bericht über die Folgen des Klimawandels im Kanton Basel-Stadt sind in elf Sektoren (z.B. Biodiversität, Fliessgewässer und Gewässerökologie, Gebäude und Infrastruktur, Luftqualität und Stadtklima) jeweils der Handlungsbedarf und die erforderlichen Massnahmen aufgeführt.

Die Umsetzung erfolgt in den jeweiligen Sektoren. So werden beispielsweise im Sektor Biodiversität Neophyten bereits seit langem bekämpft. Aufgrund des Klimawandels werden diese Massnahmen verstärkt. Zudem werden bei Ersatz- und Neupflanzungen vermehrt stresstolerante Arten gepflanzt. Oder im Sektor Gebäude und Infrastruktur wurden verschiedene Hochwasser-Schutzmassnahmen beim Birsig umgesetzt bzw. eingeleitet, um für ein 300-Jahr Ereignis vorbereitet zu sein. Im Bereich Grundwasser wird die Grundwassertemperatur vermehrt untersucht, damit das Potenzial als erneuerbarer Umweltwärmeträger für Kühl- und Heizzwecke besser bekannt und nachhaltig genutzt werden kann. Zudem werden vermehrt Massnahmen gegen passive Wärmeeinträge aus Kellerbauten (z.B. bessere Isolation) ergriffen, um das Grundwasser nicht unnötig zu erwärmen.

*Frage 5: Ist der Regierungsrat im Besitz von Zahlen zu den gegenwärtigen und prognostizierten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Kanton? Wenn ja, wo werden diese publiziert?*

Der Kanton Basel-Stadt bilanziert in der kantonalen Energiestatistik im Zweijahres-Rhythmus den gegenwärtigen Energieverbrauch für die Bereiche „Wohnen“, „nicht Wohnen“ und „Verkehr“. Die entsprechenden Angaben zum Energieverbrauch der Jahre 2010 und 2012 sind auf der Website des Statistischen Amtes. Die Daten für das Jahr 2014 folgen im Frühherbst 2016. ([www.statistik.bs.ch/dms/statistik/analysen/Energiestatistik/ErgebnisberichtEnergiestatistik.pdf](http://www.statistik.bs.ch/dms/statistik/analysen/Energiestatistik/ErgebnisberichtEnergiestatistik.pdf)).

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen werden auf der Basis der Energieverbrauchszahlen anhand von Emissionsfaktoren berechnet. Die Ergebnisse werden ebenfalls auf der Website des Statistischen Amtes im Frühherbst 2016 publiziert werden.

Das Erstellen von verlässlichen Prognosen für ein Kantonsgebiet wie Basel-Stadt ist hingegen schwierig, da zahlreiche Annahmen getroffen werden müssen, insbesondere auch, was den technischen Fortschritt betrifft. In einer gesonderten Studie „Energetische Optimierung des Kantons Basel-Stadt“, welche im Rahmen der 2000-Watt-Gesellschaft – Pilotregion Basel in Auftrag gegeben wurde und 2011 erschien, wurden Aussagen über das Potenzial erneuerbarer Energien auf dem Kantonsgebiet gemacht sowie einmalig Szenarien über den Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen für das Jahr 2050 gerechnet ([www.bs.ch/publikationen/aue/Endbericht-Energetische-Optimierung-Kanton-Basel-Stadt.html](http://www.bs.ch/publikationen/aue/Endbericht-Energetische-Optimierung-Kanton-Basel-Stadt.html)).

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin